

Greenplease Newsletter

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

Keine Angaben zu Standorten Grüne Fragen zu Strommasten bleiben unbeantwortet

„Der Bürgermeister will nur oberflächlich am Thomasstahl des RWE kratzen“, formulieren die Grünen ihre Kritik an den weiterhin offenen Fragen zur Standsicherheit von Strommasten im Stadtgebiet.

Unter dem Eindruck umgestürzter Strommasten im Münsterland forderten die Grünen im Dezember letzten Jahres Bürgermeister Roland mit einer Anfrage auf, über Zahl und Zustand der Gladbecker Masten Auskunft zu geben. Obwohl selbst RWE von einer „dringlichen Prioritätsstufe“ spricht, in der acht Gladbecker spröbruchgefährdete Strommasten eingeordnet werden, sieht der Bürgermeister "keine konkrete Gefährdung" (RN vom 22.02. bzw. WAZ vom 23.02). Die Mastbrüche seien Folge einer ungewöhnlich extremen Schnee- und Windlast. Dagegen gehe laut damaligen Spiegel-Recherchen eine Risikoanalyse des Stromkonzerns davon aus, dass Masten selbst bei "gewöhnlichen Wetterlagen" umkippen könnten. Die Wahrscheinlichkeit für solche Fälle kalkulieren die RWE-Ingenieure mit "bis zu 50 Prozent".

Trotz dieses Hinweises der Grünen wollen weder der Bürgermeister noch RWE über die



genauen Standorte der 32 Gladbecker Masten, die Bestandteil des konzerneigenen Sanierungsprogramms sind, Auskunft geben. "Angesichts des geringen Risikopotenzials und der Vielzahl von uns zu bearbeitenden Anfragen bitten wir daher um Verständnis, dass wir von einer Bereitstellung standortbezogener Informationen absehen", heißt es in der Antwort auf die Anfrage der Grünen. Über das tatsächliche Risikopotenzial könne man aufgrund dieser zurück-

haltenden Informationspolitik somit nur spekulieren. Seit Beginn des Austausch- und Sanierungsprogramms im Jahr 2001 wurden von den „dringlich“ zu sanierenden acht Thomasstahl-Strommasten lediglich einer erneuert. Für die Sanierung aller insgesamt 32 spröbruchgefährdeten Masten räumt sich RWE einen Zeitraum bis 2015 ein.

→ [mehr Infos im Netz](#)

In seiner Ausgabe 49/2005 berichtet der SPIEGEL über die „brüchigen Kolosse“. Bereits in den Jahren 2000 und 2001 hätten RWE-Sicherheitsingenieure den Vorstand über das Risikopotenzial informiert. Seit 1986 seien bei RWE 27 Mastumbrüche registriert worden. Rund 25.000 Masten seien bedroht, also 57 Prozent aller Hochspannungsträger von „Spröbruch gefährdet“.

Premiere der Veranstaltungsreihe:

Im „Café Zukunft“ heizt man mit Bioabfällen! GRÜNE diskutieren über Alternativen zum Öl

[08.02.06] George Bush gehört wohl seltener zu den Quellen, den die Grünen in Sachen Energiepolitik zitieren. Doch beim Auftakt ihrer Veranstaltungsreihe „Café Zukunft“ würdigte Referent und Energieexperte Reiner Priggen das Ansinnen des US-Präsidenten, unabhängig von Öl-Importen zu werden.

„Weg vom Öl“, die Botschaft des Präsidenten innerhalb seiner Jahresansprache vor dem Parlament, war auch das Thema des Infoabends, zu dem die Grünen vergangenen Dienstag ins Lescafé geladen hatten. Der Referent machte schnell deutlich, dass allein aus zwei Gründen kein Weg an Alternativen zum Öl vorbeiführe. Zum einen nehme durch die Verbrennung fossiler Energieträger die Erderwärmung zu, was sich in immer extremeren Wetterlagen äußere. Die Hurricans im Süden der USA und monatelange Hitzeperioden ohne Niederschlag in Portugal und Spanien seien hierfür nur zwei aktuelle Beispiele. Zum anderen sei die Förderung und Entwicklung von Alternativen aufgrund des nachweislichen Rückgangs größerer Ölfunde und deren Reserven zwingend erforderlich.

Erst Anfang des Jahres wurde Priggen durch den nordrhein-westfälischen Landtag zum Vorsitzenden der Enquete-Kommission, die die Auswirkungen ständig steigender Ölpreise auf die Wirtschaft sowie die Verbraucher in NRW untersuchen soll. Anhand von Grafiken veranschaulichte Priggen den gut zwei Dutzend interessierten Zuhörern, dass beispielsweise die Ford-Forschungsinstitute davon ausgingen, dass schon in diesem Jahr der Höhepunkt der Ölförderung erreicht sei und ab dann die Fördermengen stetig abnehmen. Bei explodierenden Bevölkerungszahlen insbesondere in Schwellenlän-

dern wie Indien und China führe dies zwangsläufig in den kommenden Jahrzehnten zu Verteilungskämpfen.

Was ist eine Enquete-Kommission

Enquête-Kommissionen (enquête franz. für Untersuchung) sind vom Deutschen Bundestag oder von einem Landtag eingesetzte überfraktionelle Arbeitsgruppen, die langfristige Fragestellungen lösen sollen, in denen unterschiedliche ethische Aspekte abgewogen werden müssen.

In der Enquete-Kommission soll eine gemeinsame Position erarbeitet werden. Ziel ist es, bei Problemen dieser Art zu einer Lösung zu finden, die von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung (auch von dem Teil, der sich nicht durch die jeweilige Mehrheitsfraktion vertreten fühlt) mitgetragen werden kann.

Enquête-Kommissionen bestehen aus Abgeordneten aller Fraktionen und Sachverständigen zu gleichen Teilen und arbeiten in ihr als gleichberechtigte Mitglieder. Enquête-Kommissionen erstellen einen Bericht, der nach Fertigstellung im jeweiligen Parlament möglichst noch in der gleichen Legislaturperiode diskutiert wird. Ihre Arbeit (im Deutschen Bundestag) ist durch die Bundestags-Geschäftsordnung, Paragraph 56, geregelt.

Quelle: Wikipedia.de

Deutschland und speziell NRW hätten sich auf diese Entwicklung bereits eingestellt. Energie werde bei Fertigungsprozessen, beim Hausbau oder auch in der Mobilität bereits viel effizienter genutzt und somit immer weniger Primärenergie erforderlich. Auch sei bereits eine große Bandbreite an Alternativen zum Öl verfügbar. Der gelernte Maschinenbauer ging in seinem knapp eineinhalbstündigen Vortrag beispielhaft auf die Windenergie und die Biomasse ein. Insbesondere letztere biete enorme Potenziale, über deren Nutzung ein breiter Konsens herrsche. Von der Landwirtschaft, über Wochenmärkte bis zur Forstwirtschaft – überall fiele Bioabfall an, der durch Vergärung oder Verbrennung energetisch genutzt werden könne.

Bernd Lehmann spannte als Vertreter der Gladbecker Grünen in der anschließenden Diskussion den lokalen Bezug: So steige der Zentrale Betriebshof mit Errichtung einer Holzschnitzelheizung in die Nutzung von Biomasse ein. Rockwool als lokale Wirtschaftsgröße profitiere von den Gebäudesanierungsprogrammen und dem Energiepass. Und die kommunalen Fördermittel für Solarthermieanlagen in Höhe von 15.000 Euro, die die Stadt jedes Jahr für Hauslebesitzer und -bauer bereit stellt, werden regelmäßig komplett abgerufen. Auch die Stadt habe bei jährlichen Energiekosten von gut 2 Mio. Euro die Notwendigkeit zu Einsparung und zu Alternativen längst erkannt. Die Zukunft war also ersten grünen „Café Zukunft“ bereits zum Greifen nah. Die nächste Veranstaltung planen die Grünen mit Stadtbaurat Michael Stojan für den 4. April unter dem Titel „Baustelle Gladbeck – Neue Urbanität in traditionellen Gewändern“.



Landtagsabgeordneter und Energieexperte Reiner Priggen ist Vorsitzender der Enquete-Kommission zur Zukunft der Energieversorgung

Rentfort-Nord hat ein besseres Zentrum verdient!

„Wie so oft sind die Gladbecker Kommunisten ein Teil des Problems, nicht dessen Lösung!“, meint Grünen-Fraktionsvorsitzender Mario Herrmann zu deren Aktion am Hochhaus Schwechater Straße.

Seit Monaten hilft die Stadt den verbliebenen Bewohnern des maroden Plattenbaus mit öffentlichem Geld, mit logistischer Unterstützung sowie dem Angebot alternativen Wohnraums aus dem Bestand der GWG. Fast alle Familien sind inzwischen ausgezogen und leben heute in besseren, menschenwürdigen Wohnungen. „Durch ihre unterstützende Begleitmusik für die Handvoll verbliebener Uneinsichtiger verzögert die DKP die notwendige Entwicklung und sorgt für weitere Kosten, die dann

von der Allgemeinheit zu tragen sind“, so Herrmann. Schon früh hatten sich die Grünen dafür stark gemacht, dass mit Unterstützung durch Land und Bund der unvermeidliche Rückbau des Gebäudes möglich wird. „Rentfort-Nord ist ein attraktiver Stadtteil, in dem viele Menschen gut und gerne leben. Er hat ein besseres Zentrum als diesen unzeitgemäßen Brennpunkt verdient!“, so der grüne Ratsherr.

Nach Auffassung der Grünen hat die Stadt Gladbeck schon jetzt weit mehr für die Betroffenen getan, als man erwarten



Mario Herrmann ist Vorsitzender der Ratsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck.

darf. Es sei nicht die Aufgabe der Allgemeinheit, dauerhaft als Ausfallbürge für private Fehlinvestitionen einzuspringen. Der Gipfel sei es, wenn DKP-Fraktionschef Dorka jetzt seine Position als Rechtsanwalt missbrauche, um die verbliebenen Bewohner in eine aussichtslose juristische Auseinandersetzung mit erheblichen Folgekosten zu treiben.

Herrmann: „Letztlich ist das Geschrei der Kommunisten jedoch unerheblich. Gefordert sind vor allem die Parteien, die in Land und Bund die Regierungen stellen: Diese müssen auf ihre jeweiligen Parteikollegen einwirken, damit die unverzichtbaren Fördergelder nun auch nach Gladbeck fließen und eine Attraktivierung des Zentrums von Rentfort-Nord erst möglich machen!“



Das Hochhaus an der Schwechater Straße in Rentfort-Nord

GRÜNE werben für politisches Engagement

„Wir wollen wachsen“, waren sich die Grünen auf ihrer Jahreshauptversammlung einig und setzten die verstärkte Mitgliederwerbung auf die politische Agenda für das angebrochene Jahr.

In ihrer knapp dreistündigen Mitgliederversammlung am vergangenen Mittwoch Abend berieten die Grünen über politische Zielsetzungen, die Parteifinanzen sowie über eine modernisierte Satzung. Zuvor aber zog der Vorstand Bilanz über das vergangene Jahr. „Die dichte Abfolge von Wahlkämpfen in 2004 und 2005 war kräftezehrend“, resümierte Stadtverbandssprecherin Eva-Maria Stuckel. Als kleine Partei habe man aber mit Ständen, Infoveranstaltungen beispielsweise zum Thema Feinstaub sowie mit Open-Air-Kino und Bandauftritten deutlich Präsenz gezeigt. Nicht nur an den Kräften der Wahlkämpfer, sondern auch an den Finanzen des Stadtverbandes nagte die übergangslose Reihung von Europa-, Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahl-

kampf. Schatzmeister Georg Laacks zeigte sich zuversichtlich, dass sich die Parteifinanzen in der (wahrscheinlich) wahlkampffreien Zeit bis 2009 gut erholen.

„Jetzt haben wir Zeit, Diskussionen anzustoßen und Themen zu besetzen“, gab Stadtverbandssprecher Bernd Lehmann die Marschrichtung für 2006 vor. Mit ihrer Vortragsreihe Cafe Zukunft, die im Januar zum Thema Energiepolitik ihre Premiere feierte, wollen die Grünen aktuelle Fragen aufgreifen und mit Bürgerinnen und Bürgern erörtern. Die Vortragsreihe könne auch eine Initialzündung für politische Interessierte sein, sich in die Arbeit vor Ort einzubringen. „Als kleine Partei können wir auf einen soliden und vergleichsweise großen Stamm an aktiven Mitgliedern zählen“, so Lehmann und fügt hinzu: „Wir wollen mehr: wir wollen wachsen!“ Die Hemmschwelle, in eine Partei reinzuschneppen, wolle man durch regelmäßige „Neugierigenstammtische“ außerhalb der Parteiläumlichkeiten senken. Das

erste Stammtischangebot soll am 23. März ab 20 Uhr im Brauhaus stattfinden.

Bei ihren Wahlen bestätigten die Mitglieder anschließend den bisherigen Vorstand. Eva-Maria Stuckel und Bernd Lehmann wurden als gleichberechtigte Stadtverbandssprecher und Georg Laacks als Schatzmeister für weitere zwei Jahre einstimmig gewählt. „Die Grünen werden konstruktive Vorschläge für die Haushaltskonsolidierung unserer Stadt einbringen“, so der wiedergewählte Vorstand. „Eine verantwortungsbewusste Finanzpolitik sind wir nachfolgenden Generationen schuldig“. Auch werde man weiterhin dafür Sorgen, dass Umweltschutz nicht als Luxus verstanden werde, sondern als Daseinsvorsorge Thema der politischen Diskussion bleibe.

„Die dichte Abfolge von Wahlkämpfen war kräftezehrend!“



Der frisch (wieder-)gewählte Vorstand: Georg Laacks, Eva-Maria Stuckel und Bernd Lehmann (v.l.n.r.)

Premiere von „Die Wolke“ in der Essener Lichtburg

Am kommenden Samstag, den 11. März, feiert der Film „Die Wolke“ Premiere in der Essener Lichtburg. Die Grünen laden hierzu ein.

Und darum geht's: „Ein Störfall in einem Kernkraftwerk östlich von Frankfurt erschüttert das Land. Eine riesige radioaktive Wolke tritt aus und treibt auf die kleine Stadt Schlitz zu, nicht weit von Bad Hersfeld gelegen. Alle, die in unmittelbarer Nähe des Kernkraftwerks leben, sind sofort verstrahlt, in kurzer Zeit sind 38 000 Menschen tot. Alle etwas weiter entfernt lebenden Menschen versuchen zu fliehen. Auch Hannah, ein 16 jähriges Mädchen, und ihre große Liebe Elmar, ein Klassenkamerad, bemühen sich in dem Chaos einer sich auflösenden Ordnung, dem schrecklichen Schicksal zu entkommen. Elmar schafft es in letzter Sekunde, Hannah jedoch wird kontaminiert. Sie ist gezeichnet, vermutlich für immer. Doch ihre junge Liebe, ebenso großartig wie verzweifelt, führt sie wieder zusammen, gegen jede Vernunft.“

Elmar besucht Hannah im Si-

cherheitstrakt eines Sanatoriums, berührt sie, liebt sie – und stellt fest, dass er auf der Flucht selbst verseucht wurde. Doch so verzweifelt ihre Situation auch zu sein scheint: Ihre Liebe hilft ihnen, alle Widerstände zu überwinden. Sie



mögen nicht ewig leben, mögen immer wieder kämpfen um ein wenig Hoffnung – am Ende haben sie sogar die Gewissheit, dass ein kürzeres Leben mit einer erfüllten und echten Liebe mehr ist, als die meisten Menschen je erfahren können...”

Knapp 20 Jahre nach dem nach der Katastrophe von Tschernobyl. Der Film basiert auf dem gleichnamigen Millionen-Bestseller von „Gudrun Pausewang“ aus dem Jahr 1987.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Premiere des Films in der Essener Lichtburg. Es geht darum, den Atomausstieg voranzubringen und weiter für eine Energiewende zu werben.

Bärbel Höhn MdB wird eine kurze Ansprache zur Eröffnung halten, SchauspielerInnen, Autorin und Regisseur sind bei der Premierenfeier in Essen anwesend.

Die GRÜNE Geschäftsstelle in Essen hält hierfür ein Kontingent von Premierenkarten bereit. Solange der Vorrat reicht können die Karten für eine Spende von 5 Euro plus x, die dem

Verein Kinder von Tschernobyl zu Gute kommen, bezogen werden.

Telefon: 0201 2476433
E-Mail: kv@gruene-essen.de

→ [Themenspecial Tschernobyl](#)



Hannah (Paula Kalenberg) und Elmar (Franz Dinda); Quelle: www.die-wolke.com

www.die-wolke.com

+++ Meldungen der Stadtverwaltung +++

Neue Ausbildungsplätze bei der Stadt

Auch in diesem Jahr bietet die Stadt Gladbeck zum 1. August und 1. September 2006 wieder zusätzliche Ausbildungsplätze im Wege der Verbundausbildung für Informatikkaufleute und Kaufleute für Bürokommunikation an.

Außerdem werden weibliche und männliche Auszubildende für die Berufe Bauzeichner (Fachrichtung: Hochbau), Fachkraft für Straßen- und Verkehrstechnik, Fachangestellter für Bäderbetriebe, Gärtner (Fachrichtung Garten- und Landschaftsbau) und Kfz-

Mechatroniker gesucht. Mindesteinstellungsvoraussetzung ist in allen Ausbildungsberufen der Hauptschulabschluss. Bewerbungen mit tabellarischem Lebenslauf, Lichtbild und Kopien der letzten beiden Schulzeugnisse können bis zum 24. März 2006 an die Stadt Gladbeck - Personalabteilung -, Willy-Brandt-Platz 2, 45964 Gladbeck, geschickt werden. Für weitere Informationen stehen Mirco Kipar (Tel. 99-2336, Rathaus, Zimmer 215) und Kerstin Timm (Tel. 99-2442, Rathaus, Zimmer 210) zur Verfügung.

Amtsblatt erschienen

Ein neues Amtsblatt der Stadt Gladbeck, Nr. 03/06, ist erschienen. Es enthält die 7. Änderung des Flächennutzungsplanes (Bereich Charlottenstr./ Luisenstr.), den Bebauungsplan Nr. 138 (Charlottenstr./ Luisenstr.), den Bebauungsplan Nr. 141 (Schulten-, Woorth-, Strickholtstraße und Brinskamp), die Offenbarungspflicht für Rats- und Ausschussmitglieder und die Ausschreibung einer Stellv. Schiedsmannstelle für den Bezirk Gladbeck-Mitte/ Ellinghorst.

→ [Amtsblatt \(pdf\)](#)



Die Stadt stellt neue Auszubildende ein

Landrat lässt Bürgermeister Roland kalt abblitzen!

Um ein wichtiges Thema mit erheblichen Auswirkungen auf Gladbeck ging es heute im Verkehrsausschuss des Kreises: Die Formel, nach welcher die Kosten für den öffentlichen Personennahverkehr auf die einzelnen Kreisstädte umgelegt werden, soll geändert werden. Von der bisherigen Regelung hat die Stadt Gladbeck überproportional profitiert.

„Nach allen nun diskutierten veränderten Verteilungsschlüssen kommen auf uns entweder empfindliche Einschnitte in den innerstädtischen Busverkehr oder erhebliche Mehrkosten zu,“ erläutert Mario Herrmann, der die GRÜNEN im Verkehrsausschuss vertritt.

Vor diesem Hintergrund herrscht bei den Grünen Un-

verständnis darüber, dass Landrat Welt und die überwiegende Mehrheit der SPD und der CDU unbedingt heute bereits eine Festlegung vornehmen wollte. In einem Schreiben an den Landrat hatte Gladbecks Bürgermeister Ro-

*„Auf den innerstädtischen
Busverkehr kommen
empfindliche
Einschnitte zu!“*

land zuvor darum gebeten, vor einer Entscheidung die Diskussion im städtischen Planungsausschuss abzuwarten. Dieses Anliegen hatte sich die grüne Fraktion zu Eigen gemacht, zumal eine Verschiebung des Beschlusses in die nächste

Kreistagssitzung im März keine Verzögerung bei der Umsetzung mit sich gebracht hätte. Mario Herrmann: „Es ist mir völlig unverständlich, dass der Landrat und die Ausschussmehrheit diesem Wunsch nicht entsprochen haben. Dies ist kein respektvoller Umgang mit den Kommunen und fördert die Kreisverdrossenheit unnötigerweise. Der Gladbecker Planungsausschuss kann jetzt nur noch die Haltung des Kreises zur Kenntnis nehmen, seine Argumente werden kein Gehör mehr finden!“

Für die Grünen ist ein kooperativer Umgang des Kreises mit seinen Städten Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit. Dies gilt in jedem Fall und für alle zehn Städte, hier ist zufällig Gladbeck betroffen.



Dem Busverkehr drohen empfindliche Einschnitte

Von wegen keine Nahverkehrskürzungen 2006: Versprochen — gebrochen, Herr Wittke!

[Düsseldorf] Zu den von der Schwarz-Roten Koalition in Berlin geplanten Kürzungen der Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr erklärt Oliver Keymis MdL, verkehrspolitischer Sprecher:

„Der Einfluss der NRW-Landesregierung in Berlin bleibt bei null. Die große Koalition wird am Mittwoch im Kabinett im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes massive Einsparungen zu Lasten des Nahverkehrs auf der Schiene beschließen. Dies wird sich unmittelbar auf das Zugangebot auswirken. Wenn ab 2007 pro Jahr über eine halbe Milliarde Euro bundesweit gekürzt wird, muss jeder siebte Zug im Fahrplan gestrichen werden. Dies wird vor allem den ländlichen Raum treffen. Die Kürzungen der großen Koalition passen gut zu den geplanten Streckenstilllegungen der Deutschen Bahn AG. Wo keine Züge mehr fahren können, brauchen sie auch nicht mehr bezuschusst werden. Den

Sparkurs der Großen Koalition und Mehdnorns Börsengang werden die Kundinnen und Kunden in Bussen und Bahnen mit massiven Preiserhöhungen und mit Streckenstreichungen bezahlen müssen. Das Land wird mit dem steigenden Auto-

Verkehrsminister Wittke hatte zuletzt am 01.12.05 in einer von uns beantragten Aktuellen Stunde im Landtag ausgeführt, dass die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über die Regionalisierungsmittel bis 2007 festgeschrieben sei und deshalb eine Veränderung für das Jahr 2006 ausgeschlossen wäre.

Versprochen gebrochen, Herr Wittke!

Denn NRW bekommt vom Bund schon in 2006 17 Mio Euro weniger. Dies entspricht dem 16prozentigen NRW-Anteil an der geplanten bundesweiten Kürzung von 106 Mio Euro. Bis zum Jahre 2010 werden sich die Bundeskürzungen für NRW auf 526,5 Millionen Euro summieren. Die verkehrspolitische Wende mit dem Ziel ‚Weg vom Öl‘ wird von Schwarz-Rot - obwohl im eigenen Koalitionsvertrag vereinbart - durch die Kürzungssorgie bei Bussen und Bahnen zur Strecke gebracht!“

„Wenn ab 2007 pro Jahr bundesweit über eine halbe Millionen Eure gekürzt werden, muss jeder siebte Zug im Fahrplan gestrichen werden!“



„Gegen den Schwarz-Rot-Stift bei Bus und Bahn“

und LKW-Verkehr im Dauerstau stehen, sowie an erhöhten Luftschadstoffen und Feinstaubwerten mehr leiden als schon bisher.



Oliver Keymis MdL ist verkehrspolitischer Sprecher der GRÜNEN im Landtag NRW



Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Gladbeck

V.i.S.d.P. Bernd Lehmann
Stadtverbandssprecher
Rentforter Straße 43 a
D-45964 Gladbeck

Telefon: 0 20 43 / 2 54 12
Fax: 0 20 43 / 2 17 76
E-Mail: info@gruene-gladbeck.de

Grün wirkt!

ALLE INFOS FINDEN SIE IM NETZ
UNTER
WWW.GRUENE-GLADBECK.DE

Zu diesem Newsletter:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich über unsere Seite in unseren Info-Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unseres Newsletters von uns oder anderen zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen über unsere Stadt haben.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit emails zu belästigen. Um den Newsletter zu abonnieren bzw. um ihn (nach einer Anmeldung) wieder abzubestellen, können Sie eine leere e-mail an folgende Adressen senden:

→ **anmelden:** gruene-gladbeck-subscribe@domeus.de

→ **abmelden:** gruene-gladbeck-unsubscribe@domeus.de

Ein- und austragen können Sie sich auch über unsere Internetseite. Gerne stehen wir Ihnen auch telefonisch, per email oder Fax. zur Verfügung.

+++ GRÜNE Schnipsel aus dem Netz +++

Am 26. April 1986 explodierte das Restrisiko der Atomtechnologie. Über 100.000 Menschen starben bis heute. 20 Jahre nach Tschernobyl vergessen manche die Risiken der Atomenergie. Atomkraft hat keine Perspektive, aber viele Alternativen. Die neue profil:GRÜN informiert.

→ [profil:GRÜN Download \(pdf\)](#)



Am 26. März finden in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt Landtagswahlen statt. Den grünen Wahlwerbespot, in dem Angie das Land mit Gen-Mais zupflastert und die Landesfürsten fröhlich Steuergelder vergeuden, können Sie jetzt im Internet anschauen:

→ [Wahlspots \(Quicktime-Mov.\)](#)

Am Wochenende, 24./25. Februar war es endlich so weit. Junge Grüne aus mehreren Städten des Kreises Recklinghausen haben in Marl den ersten "Kreisverband Grüne Jugend Recklinghausen" gegründet. Der Stadtverband sagt herzlichen Glückwunsch! Interessierte linksalternative, umweltbewusste, pazifistische Jugendliche, die Lust haben, sich an politischen Aktionen der Grünen Jugend zu beteiligen, sind zur Mitarbeit eingeladen und können sich an folgende Adressen wenden:

→ reintkes04@aol.com

